

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 DB
Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 06 66 846 pbbn d



Inhalt

Hans Koschnick, Bürgermeister von Bremen, untersucht das Verhältnis der jungen Generation zur Bundeswehr. Seite 1/2

Karsten Voigt MdB, Obmann der SPD-Fraktion im Auswärtigen Ausschuss, kündigt sorgfältige Prüfung eines Waffenexports nach Saudi-Arabien an. Seite 3

Dr. Alfred Emmerlich MdB, Vorsitzender des Arbeitskreises Recht der SPD-Fraktion, fordert eine aktive Bekämpfung des Neonazismus. Seite 4

Peter Corterier MdB, Vorsitzender des Arbeitskreises Außen- und Sicherheitspolitik der SPD-Fraktion, wirft der Sowjet-Agentur Nowosti propagandistische Eigenkarikatur vor. Seite 5

Respekt und Glückwunsch zum 60. für Walter Dirks. Seite 6

Herausgeber und Verleger:
Sozialdemokratischer
Pressedienst GmbH
Godesberger Allee 108-112
5300 Bonn 2
Telefon: (02 28) 8 12-1

36. Jahrgang / 5

8. Januar 1981

Bundeswehr und junge Generation

Von Bürgermeister Hans Koschnick

Präsident des Senats der Freien Hansestadt Bremen

Die Bundeswehr hat fast 20 Jahre in einem Schonraum der Nation gestanden, in dem sie sich rein technisch gesehen zu einer gut ausgebildeten konventionellen Armee entwickelt hat, wobei aber die Frage, warum es sich lohnt, eineinhalb Jahre seines Lebens für die Gemeinschaft einzusetzen, kaum beantwortet wird. Diese Situation hatte - abgesehen von der "Ohne-mich"-Stimmung der 50er Jahre während der Ära des kalten Krieges und auch noch in den späten 60er Jahren keine größeren Auswirkungen. Als dann die Bundesrepublik eine in ihrem ureigensten Interesse liegende aktive Entspannungspolitik betrieb, war es für viele ohne weiteres einsichtig, daß eine solche Politik ohne die Bundeswehr und ohne die Einbindung in das westliche Verteidigungsbündnis unmöglich war. Die Aufgabe der Bundeswehr galt als sinnvoll und wurde nicht weiter abgefragt.

Im Zuge der gegenseitigen - zumindest Europa voll erfassenden - Entspannungsbereitschaft mit ihren Ergebnissen in der Schlußakte von Helsinki entwickelte sich aber eine neue Diskussion in vielen gesellschaftlichen Gruppen über Sinn und Umfang der militärischen Verteidigung. Diese Diskussion verband sich in den Jugendverbänden der Arbeitsbewegung wie der Kirchen mit einer pazifistisch moti-



vierten Kritik an den Rüstungssteigerungen und deren Auswirkungen auf eine unzureichende Hilfe für die Dritte Welt.

In dem Maße dann, wie der Abbau der Spannungen zwischen Ost und West Rückschläge hinnehmen mußte und neue Bedrohungen entstanden, fanden sich weitere Kritiker unserer gegenwärtigen Situation.

Vergessen wir doch auch eines nicht: Der jetzt zur Bundeswehr eingezogene Jahrgang ist nach dem Mauerbau geboren worden und ging möglicherweise bei der Besetzung der CSSR noch nicht einmal zur Schule. Die Erfahrungen mit dem NS-Regime, wo jeder, wollte er nicht schuldig werden, seinen eigenen Kompaß entwickeln mußte, um durch diese Zeit zu kommen, sind für diesen Jahrgang kaum nachvollziehbar.

Die Fragen der jungen Generation und ihre Erwartungshaltungen sind anders, als wir sie oft vermuten, und unsere Antworten von entsprechend eingeschränkter Resonanz. Was heute auf die Straße geht und sich gegen Bundeswehrgelöbnisfeiern artikuliert, ist nicht die Antikriegsbewegung der 50er Jahre, das ohne-mich unter dem Eindruck des 2. Weltkrieges mit seinen circa 60 Millionen Toten. Hier findet sich vielmehr Protest gegen eine mit Straß, Konsumüberfluß und Betonklötzen beladene Umwelt, hier wird die Antwort auf das Problem gesucht, wie eine letzten Endes auf den Ersteinsatz von Atomwaffen aufgebaute Abschreckungsstrategie nach Hiroshima und Nagasaki bei mehrfacher "Overkill"-Kapazität geistig noch funktioniert. Das gilt gerade angesichts des Problems, ob ein Amerikaner bereit ist, für das Lebensrecht von West-Berlin konkret Detroit, Houston oder San Francisco aufs Spiel zu setzen oder ob er nicht wünschen muß, daß ein Konflikt möglichst auf Europa lokalisiert bleibt. Nicht nur die Protestierenden, sondern genauso die Wehrpflichtigen, die das Gelöbnis ablegen sollen (und größtenteils auch wollen), sind von Politik und Gesellschaft, von Eltern und Lehrern nur wenig auf das vorbereitet, was es heißt, Demokratie zu leben und entsprechend zu verteidigen.

Der Dialog zwischen den Generationen und das Aufzeigen eines Weges über die gesellschaftliche Entwicklung kann jedoch nicht vorrangig von der Bundeswehr abverlangt werden, die Bundeswehr ist nicht die Schule der Nation. Das ist und bleibt die Aufgabe aller Verantwortlichen in Staat und Gesellschaft. (-/8.1.1981/hi/hgs)



Kritische Fragen zum Waffenexport

Enquête-Kommission soll Bedeutung der Rüstungswirtschaft untersuchen

Von Karsten D. Voigt MdB

Obmann der SPD-Bundestagsfraktion im Auswärtigen Ausschuß des Deutschen Bundestages

Gegenwärtig wird in der Öffentlichkeit aufgrund eines Berichtes im "Spiegel" über mögliche umfangreiche Waffenexporte aus der Bundesrepublik Deutschland nach Saudi-Arabien diskutiert. Offizielle Beratungen oder gar Entscheidungen über derartige Waffenexporte hat es diesen Berichten zufolge in den hierfür zuständigen Gremien der Bundesregierung bisher nicht gegeben. Auch in der SPD-Bundestagsfraktion konnten aufgrund der parlamentarischen Weihnachtspause diese Berichte bisher nicht durch die in der SPD zu diesem Thema üblichen kritischen Fragen auf ihre sachliche Substanz und ihren möglichen außen- und wirtschaftspolitischen Hintergrund hin abgeklopft werden. Bereits vor der parlamentarischen Weihnachtspause wurde vereinbart, daß die Arbeitsgruppe "Außenpolitik" am 20. Januar und wahrscheinlich am 22. Januar auch die Arbeitsgruppe "Rüstungsexporte" der SPD-Bundestagsfraktion sich mit aktuell anstehenden Rüstungsexportentscheidungen beschäftigen werden. Es ist klar, daß die an Fragen der Rüstungsexportpolitik interessierten SPD-Parlamentarier die Möglichkeit zur eingehenden Information und Diskussion in den hierfür zuständigen Gremien der Fraktion gründlich nutzen werden, bevor sie sich an der gegenwärtigen öffentlichen Diskussion zu einzelnen aktuellen Rüstungsexportentscheidungen kommentierend beteiligen werden.

Kritische Fragen und kritische Kommentierung gehören zu den Rechten und auch zu den Pflichten von Parlamentariern. Daß dieses Recht durch Abgeordnete der Koalitionsparteien auch gegenüber einer von ihnen solidarisch unterstützten Bundesregierung genutzt wird, ist bekannt. Es muß aber auch bewußt bleiben, daß Fragen der Rüstungsexporte bisher ausschließlich in der Entscheidung der Exekutive liegen und deshalb auch durch sie allein verantwortet werden müßte. Neben einer Gesamtverantwortung der Bundesregierung für ihre Rüstungsexportpolitik besteht eine Verantwortung des Bundessicherheitsrates und innerhalb der ministeriellen Zuständigkeiten insbesondere des Wirtschaftsministeriums und in speziellen Bereichen auch des Außenministeriums und nur für einzelne Probleme auch des Verteidigungsministeriums für Rüstungsexportentscheidungen im einzelnen.

SPD und FDP haben sich bereits vor den Bundestagswahlen darauf geeinigt, daß künftig in geeigneter Form Gremien des Bundestages über Exportentscheidungen der Bundesregierung regelmäßig informiert werden sollen. Vorschläge zur konkreten praktischen Umsetzung dieser Absicht wird die Arbeitsgruppe Rüstungsexporte unter Vorsitz von Egon Bahr erarbeiten.

Hierüber hinaus ist die gegenwärtige Diskussion über mögliche arbeitsmarktpolitische Folgen einzelner Rüstungsexportentscheidungen Anlaß, noch einmal an einen Vorschlag des Berliner Bundesparteitages der SPD zu erinnern. Darin wurde die Einsetzung einer Enquête-Kommission gefordert, die die Bedeutung des Rüstungssektors in der Bundesrepublik Deutschland prüft und alle etwaigen arbeitsmarktpolitischen Konsequenzen untersucht, die sich aus der Umsetzung von Rüstungskapazitäten in zivile Fertigungs- und Forschungskapazitäten ergeben könnten.

(-/8.1.1981/hi/hgs)

+ + +



Den Neonazismus aktiv bekämpfen

Kultusminister dürfen nicht auf halbem Wege stehen bleiben

Von Dr. Alfred Emmerlich MdB.

Vorsitzender des rechtspolitischen Arbeitskreises der SPD-Bundestagsfraktion

Die Kultusminister-Konferenz hat Anfang Dezember 1980 eine Empfehlung zur Behandlung des Widerstandes in der NS-Zeit im Unterricht beschlossen.

Gewiß ist es notwendig, in der Schule den deutschen Widerstand darzustellen.

Wir können jedoch nicht länger daran vorbeisehen, daß sich fast überall in der Bundesrepublik neonazistische Grüppchen zusammengerottet haben. Immer unverholener und dreister versuchen sie, insbesondere unseren jungen Mitbürgern das nazistische "Gedankengut" schmackhaft zu machen. Wir dürfen uns nicht damit beruhigen, daß bisher nur wenige mit dem Nazigift infiziert werden konnten. Die bereits entstandenen Nazigruppen und ihre Mitglieder sowie das nicht unbeträchtliche Umfeld von Anhängern und Sympathisanten und eine viel zu häufig anzutreffende Tendenz zur Verharmlosung geben zu ernster Sorge Anlaß. Das umso mehr, als die Bereitschaft zu Gewaltanwendung und Terror in der neonazistischen Szene mehr und mehr zunimmt. Die wachsende Zahl terroristischer Gewalttaten von rechts ist ein Alarmsignal.

Wenn wir den Anfängen nicht entschieden und mit allen uns zu Gebote stehenden Mitteln entgegentreten, kann es geschehen, daß wir zum Beispiel bei tiefgreifenden Veränderungen der ökonomischen Rahmenbedingungen erneut einer braunen Flut gegenüberstehen.

Zur Auseinandersetzung mit dem Nazismus und dem Neonazismus in den Schulen reicht die Behandlung des Widerstandes in der NS-Zeit nicht aus. Dazu gehört vor allem daß das Wesen des verbrecherischen Nazismus, seine historischen und gesellschaftlichen Wurzeln und die Bedingungen, die es ihm ermöglicht haben, in unserem Volk Wurzeln zu schlagen, sein Terrorregime zu errichten und es so lange Zeit zu behaupten, schonungslos offengelegt werden.

Diese Einsicht kommt in dem Beschluß der Kultusministerkonferenz allenfalls am Rande zum Ausdruck. Sie müßte aber die zentrale Aussage der Kultusminister sein.

Die Kultusminister dürfen nicht auf halbem Wege stehenbleiben. Sie sind verpflichtet, alles zu tun, was sie zur Bekämpfung des Neonazismus beitragen können.

(-/8.1.1981/hi/hgs)



Propagandistische Eigenkarikatur

Wie die sowjetische Nachrichtenagentur Nowosti den Westen für dumm verkaufen will

Von Peter Corterier MdB

Vorsitzender des Arbeitskreises Außen- und Sicherheitspolitik der SPD-Bundestagsfraktion

Die offenen Gesellschaften des Westens haben es immer als ihre Stärke empfunden, daß in ihrer Öffentlichkeit detailliert und kontrovers auch über verteidigungs- und sicherheitspolitische Probleme debattiert wird. Das ganze Gegenteil wird in den geschlossenen Gesellschaften der sozialistischen Staaten praktiziert, wo Geheimhaltung gerade auf diesem Gebiet bis zum Exzeß betrieben wird. Unsererseits stellt schon niemand mehr die Forderung auf, Offenheit als Vertrauensbeweis von der Sowjetunion zu verlangen.

Ebenso klar ist auch den Kennern der sozialistischen Doktrin, daß in den Medien-Äußerungen dieser Staaten die Waffensysteme und Soldaten der NATO immer mindestens als "friedengefährdend" dargestellt werden im Gegensatz zu ihren Vertretern in der Organisation des Warschauer Vertrages, die sich auf der Wacht für den Frieden befinden.

Wenn allerdings das fehlende Vorhandensein einer offenen Diskussion über die sowjetische Rüstung in der sowjetischen Öffentlichkeit und den Medien so dargestellt wird, als sei das der Beweis für die Waffen- und Bedrohungslosigkeit dieses Landes, dann muß selbst den Menschen, die sich auch in die "Schuhe der Sowjetunion" versetzen wollen, jedes Verständnis abgehen.

In dem Nowosti-Kommentar von Spartak Beglow (Moskau, 5.1.1981) verweist der Autor auf das friedliche Programm der sowjetischen Medien und stellt fest: "Darunter gibt es aber keine einzige Waffenart und kein einziges System von Kampfmitteln!" Obwohl etwa jede Woche eine neue SS-20-Mittelstreckerrakete ihre Stellung bezieht, stellt Beglow fest: "In der Sowjetunion sorgt man sich nicht um eine Umrüstung oder Nachrüstung." Unter Hinweis auf die Neujahrsausgabe der Prawda, wo eine Landkarte der UdSSR mit den Bauvorhaben im Rahmen des nächsten fünf-Jahres-Plans eingezeichnet ist - Beglow: "Das ist nicht eine Karte mit der Standortverteilung neuer Waffensysteme von der Art des mobilen nuklearen (US)MX-Raketensystems" - kommt der Novosti-Kommentator letztlich zu dem Schluß: "Man könnte meinen, daß sich kaum irgendwo ein Wahnsinniger finden würde, der behaupten könnte, daß sich in diesen Geflügelfabriken und Treibhäusern eine neue sowjetische Bedrohung eingenistet habe."

Wenn Propaganda zur Eigenkarikatur wird, mag man nicht nach Gründen fragen; zum Lachen reizt dies allerdings nicht.

Zuzustimmen ist Herrn Beglow allerdings, wenn er fordert, daß die "Stagnation im Prozeß der Begrenzung der strategischen Rüstungen überwunden" werden müßte und wenn er von der Notwendigkeit ausgeht, die 1980 eingeleiteten sowjetisch-amerikanischen Verhandlungen über Raketenkernwaffen mittlerer Reichweite in Europa fortzusetzen.

Um diesem Ziel näherzukommen, sollte man aber von einer Propaganda wie sie Herr Beglow betreibt und die darauf hinausläuft, den Westen für dumm zu verkaufen, absehen.

(-/8.1.1981/bgy/hgs)

+ + +



Ein Großer der Gründergeneration wird 80

Zum 80. Geburtstag des Publizisten Walter Dirks

Zornig jungenhaft, geschliffen, kraftvoll in der Sprache, provozierend radikal, rücksichtslos wahrheitsliebend in seinen Sachaussagen lassen seine Aufsätze und Glossen nichts davon spüren, daß deren Autor 80 Jahre alt ist. Seine Anerkennung für führende Regierungsmitglieder hindert ihn nicht, den nur scheinbaren Reformwillen zu entlarven und zu warnen, "vom Pragmatismus der älteren Machergeneration angesteckt" zu werden. Walter Dirks und seine Freunde waren die einsamen Rufer, sich auf die Grundwerte des demokratischen Sozialismus zu besinnen, lange bevor eine Grundwertekommission von der SPD darüber nachzudenken begann.

In Anbetracht des trostlosen Zustands im Einigungsprozeß Europas erscheint ein Satz des Jubilars vom Juni 1946, als selbst die späteren Restauratoren des abendländischen Europa wie Adenauer, Schumann oder de Gasperi sozialistische Ziele parteilicher Opportunität geopfert hatten, nahezu prophetisch: "Das Abendland wird sozialistisch sein oder es wird nicht sein. Zerfällt Europa in das 'Abendland' und in den 'Sozialismus', so zerfällt es in sich selbst. Oder aber die nackte leere Zukunft wird den Reichtum der Gewordenen in einen Geisteskrieg, der ein Klassenkrieg sein wird, überwältigen." Heute leben wir diese leere Zukunft Europas, weil wir die Mahnung von Dirks nicht ernst genommen haben.

Walter Dirks hatte stets eine besondere Nähe zu den Gewerkschaften. Wenn er deren Bestand allein schon emanzipatorisch bezeichnet, bekommt man für die Entwicklung in Polen einen anderen Zugang. Andererseits scheut er sich nicht von den Gewerkschaften zu sagen, sie sind "in einiger Beziehung das konservativste, das unsere Gesellschaft kennt, insofern als die Gewerkschaften wie keine andere Formation der Gesellschaft auch ohne starke Veränderungen in jeder Zukunft sinnvoll sind." Dieses gibt einen Schlüssel für vielfältiges Verhalten der Gewerkschaften in unserem Lande.

Der Jubilar war und ist stets ein Mann tiefer Katholizität, seiner Kirche unbequem, aber nie am Rande oder außerhalb dieser stehend. Ihm nimmt es selbst die Amtskirche ab, wenn er erklärt, daß "im Bereich der Bischöfe und der mit ihnen verbündeten Verbands- und Parteipolitik das Konzil mehr oder weniger eindeutig zurückgenommen" ist. Oder er macht sich zum Sprecher vieler Katholiken, wenn er feststellt: "Die Namen Maier, Ratzinger und Höffner als die drei durch Stellung und Aktivität hervorragenden Repräsentanten des Katholizismus der Bundesrepublik garantieren den Stillstand."

Staat, Gesellschaft und Kirche verdanken diesem unermüdlichen Publizisten viel. Da keiner ihn für sich vereinnahmen kann, ist seine Gefolgschaft klein. Groß ist die Zahl derer, die ihn fürchtend respektieren. Für alle ist er ein Zeichen der Hoffnung.

(-/8.1.1981 /hi/hgs)

Johannes Pietryga

